

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
16. Februar 1917

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeinin (Sundel), Wilhelmshöhe,
Post Fegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Was tun? — Die sozialistische Frauenbewegung Italiens und der Krieg. Von Angelita Valabanoff. — Aus der Bewegung: Von der Konferenz der Parteifunktionärinnen und der in der Gemeinde tätigen Genossinnen von Groß-Berlin. — Die Förderung der proletarischen Frauenbewegung. — Gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“. — Für die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“. — Aus der Partei. — Gewerkschaftliche Mundschau. — Genossenschaftliche Mundschau. Von H. F. — Notizenteil: Für den Frieden. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Was tun?

Partei Vorstand und Parteiauschuß haben am 18. Januar die Antwort auf die Reichskonferenz der Opposition gegeben, mit der wir uns in letzter Nummer beschäftigten. Diese Antwort kann niemand überraschen, der seit Jahren die Haltung, das Wert dieser beiden Parteinstanzen kennt. Die Beratung endete mit der Annahme einer Resolution, die unter Hinweis auf den Beschluß der oppositionellen Tagung über die herzustellende „enge Fühlung“ erklärt: „Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei.“ Der Beschluß spricht mit dürren Worten den Willen aus, die Opposition aus der Partei hinauszudrängen. „Fliegen“ soll, wer sich erhebt, die Politik des 4. August nicht als alleinigmachende Weisheit und Tat, aus dem Geiste des Sozialismus geboren, zu feiern und zu unterstützen; „liegen“ soll, wer nicht auf die Befundung und Betätigung seiner grundsätzlichen Überzeugung als internationaler Sozialist verzichtet.

Dem Beschluß des Parteiauschußes folgte am Tage darauf die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses auf dem Fuße, geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie Spaltungen von den Vertretern der sogenannten Mehrheitspolitik provoziert werden. Der Parteivorstand beehrte sich seinerseits, im Geiste des Beschlusses vom 18. Januar vorzugehen. Am 22. Januar veröffentlichte er einen Aufruf „Aus der Partei“, in dem es heißt: „Es muß jetzt Farbe bekannt werden. Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.“ Der Mann in aller Form gegen die Parteioption und die Aufforderung an die mehrheitstreuen Organisationen, die praktischen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

In Dresden, den Agitationsbezirken Magdeburg-Anhalt, Breslau, Chemnitz usw. haben die Vertreter der Parteiorganisation sich auf den Boden der Resolution des Parteiauschußes und des Aufrufs „An die Partei“ gestellt. Welche Maßnahmen gegen die oppositionellen Mitglieder die Folge sein werden, ist bis jetzt nicht bekannt. Die Abstrafung des verdienten Ge-

nossen Fleißner-Dresden gibt zu denken. Die engere Vorstandsvorstellung der drei Dresdener Wahlkreise beschloß, nicht unter seinem Vorsitz zu tagen, und bestimmte einen anderen Genossen zu ihrem Vorsitzenden. Nach dem, was wir in Stuttgart, Duisburg, Frankfurt a. M., Berlin und Bremen erlebt haben, scheint jedenfalls das eine sicher: Die Anhänger der Mehrheitspolitik werden zur Niederrückung der Opposition alle zu ihrer Verfügung stehenden Machtmittel rücksichtslos brauchen und mißbrauchen. Sie werden es voll ausnützen, daß Belagerungszustand und Zensur es der Opposition unmöglich machen, ihre Auffassung von sozialdemokratischen Grundsätzen und sozialdemokratischer Politik frei und ungehindert in Wort und Schrift vor die Massen zu tragen. Zum Ausnahmezustand im Staat wird der Ausnahmezustand in der Partei treten.

Die Opposition würde die reichlich über sie ausgeschütteten Beschimpfungen verdienen, wenn sie sich nicht zum Kampf gestellt hätte. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft setzte dem Beschluß des Parteiauschußes einen Aufruf „An die Parteigenossen“ entgegen. Der feststellt: „Wir haben uns nicht von der Partei getrennt. Wir stehen vielmehr mit voller Überzeugung und Treue auf dem Boden des Parteiprogramms. . . . Der Opposition ist ihre Aufgabe vorgezeichnet durch ihr gutes Recht und das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung. Mit den gemäßigten Parteiorganisationen und Parteigenossen werden sich alle unsere den gleichen Anschauungen huldigende Freunde solidarisch erklären. Wie die oppositionell gerichteten Parteiorganisationen und Parteigenossen später ihre Rechte zu wahren und die Vertretung unserer Anschauungen im öffentlichen Leben sicherzustellen haben, muß künftigen Entschlüssen vorbehalten bleiben. Deshalb, Parteigenossen, schließt Euch zusammen zur Wahrung unserer Rechte in der Parteiorganisation! Der Kampf, den wir in der Partei durchzuführen haben, ist nur die Folgererscheinung des großen grundsätzlichen Widerstreits zweier Weltanschauungen.“

Der Vorstand der Parteiorganisation von Groß-Berlin hat sich mit dem Aufruf solidarisiert. In Leipzig, den Agitationsbezirken Reuß j. L., Erfurt und anderwärts haben die Parteivertretungen den Beschlüssen der oppositionellen Konferenz zugestimmt, beziehungsweise auf Grund des Parteistatutums dem Parteiauschuß und Parteivorstand das Recht zu dem eingeleiteten Vorgehen gegen die Opposition abgesprochen. Im Parteivorstand selbst hat sich Protest dagegen erhoben. Genosse Wengels und Genossin Biez stellten mutig die Pflicht ihrer Überzeugung allen anderen Rücksichten voran. Sie erklärten: „Die Einheit der Partei, für die wir unser ganzes politisches Leben hindurch gekämpft haben, wird zerrissen, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ausführung gelangen. In dieser Situation fühlen wir uns in Abweichung von unserer Gepflogenheit verpflichtet, auszusprechen, daß wir die Verantwortung für diesen Schritt ablehnen.“

Partei Vorstand und Parteiauschuß haben den Organisationen das Ziel gezeigt: Ausschluß der Opposition aus der

Partei. Aber den Weg zum Ziel, das Wie der erforderlichen „organisatorischen Maßnahmen“ haben sie geschwiegen. Aus gutem Grund. Der Ausschluß aus der Partei ist durch deren Statut an bestimmte Rechtsnormen geknüpft, die nicht kurzerhand „auf Befehl der Obrigkeit“ beiseite geschoben werden können. Gewiß: die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die regierenden Parteinstanzen nicht „über die Zwirnsfäden“ von Parteifakungen und Programmforderungen stolpern. Sie sind Realpolitiker, die aufs Ganze gehen. Immerhin bilden jedoch Programm und Statut der Partei einen Rechtsboden, der das gegebene Kampfesfeld der Opposition für ihre Auseinandersetzung mit den nationalsozialen, imperialistischen Umlernern in der Sozialdemokratie ist, und den zu zertrümmern sie diesen überläßt.

Was tun? Das ist die Frage, die angesichts der unruhigen Situation Herz und Hirn von Tausenden und aber Tausenden, von Männern und Frauen bewegt, die sich zum internationalen Sozialismus bekennen. Die Antwort kann nicht zweifelhaft für alle sein, für die der Sozialismus mehr ist als bloßes Lippenbekenntnis: Lebensbetätigungen. Sie bleiben auf dem Rechtsboden, der in der Partei für ihren Kampf um die Reinheit der sozialistischen Grundsätze und die Konsequenz des sozialistischen Handelns vorhanden ist. Sie ruhen ihn bis an die äußerste Grenze des Möglichen aus. Sie verzweifeln und verzagen nicht, wenn die Verfechter der Mehrheitspolitik wie die Grundsätze der Sozialdemokratie so auch ihre Organisationsfassungen drehen, deuteln und brechen. Sie kämpfen auch dann ihrer Überzeugung getreu weiter. Mehr als je kommt es darauf an, daß jeder einzelne, jede einzelne den Grundsätzen des internationalen Sozialismus getreu handelt und sich nicht mit Bekenntnis und Tat faul und feige hinter Gedanken und Aussprüche verkriecht, die des Menschen Geist erfinderisch zur Hand hat, wenn er Gerichtstag vor dem eigenen Gewissen hält.

„Die beste Verteidigung ist der Hieb.“ Die Opposition muß auf der ganzen Linie von der Verteidigung zum schärfsten Angriff gegen die Mehrheitspolitik übergehen. Sie darf keine Gelegenheit verkümmern, sie in ihrer Unvereinbarkeit mit den sozialdemokratischen Grundsätzen zu zeigen, ihre verderblichen Wirkungen für die Arbeiterklasse und ihren Emanzipationskampf zu enthüllen. Das geltende Kriegsrecht erschwert das ungeheuer, die Mehrheitsanhänger werden es mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Aber wo ein Wille ist, da ist ein Weg. Ist die deutsche Sozialdemokratie nicht unter dem Sozialistengesetz gediehen? Wenn und wo die Mittel der öffentlichen Agitation versagen, bleibt die Propaganda von Person zu Person, und deren großes Wirkungsfeld ist „jede Werkstatt, drin es pocht, und jede Hütte, drin es ächzt“. Wie diese Propaganda gewinnt die Betätigung der parlamentarischen Vertreter der Opposition erhöhte Bedeutung. Was nicht in Organisationen, in Versammlungen, in der Presse geschehen kann, das muß von der Parlamentartribüne herab erfolgen. Von ihr aus haben die grundsatztreuen Abgeordneten klarer und energischer als bisher zu den Massen zu sprechen und sie über die Politik der Grundlosigkeit und der Verleugnung sozialistischer Ideale und Forderungen aufzuklären. Auch in der Auseinandersetzung um die Grundsätze und die Politik der Partei entscheiden die Massen durch Reden oder Schweigen, durch stumpsinnige Gleichgültigkeit oder lebendige Anteilnahme.

Wie die Dinge heute liegen, wird die Auseinandersetzung das Gefüge der Partei schwer erschüttern, jenen starken Bau, den berechtigten Stolz der deutschen Arbeiterklasse, an den Hunderttausende ihre beste Kraft gesetzt, den sie mit ihrem Herzblut gestiftet haben. Reißt man die Zähne zusammen, wir alle, die wir auch an der Arbeit gewesen sind! Wenn je, so gelten unter den gegebenen Umständen die prachtvollen Bibelworte: „Ist denn die Seele nicht mehr, denn der Leib, und der Leib nicht mehr, denn die Kleidung? . . . Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ In der Tat: so unentbehrlich, so bedeutsam die festgegliederte Parteiorganisation ist, vergessen wir nicht, daß sie nie Selbstzweck werden darf.

Sie ist nicht mehr als der Leib, in dem die Seele des Sozialismus wohnen soll, das Werkzeug, das der Vertiefung seiner Ziele dient. Um den Sozialismus aber geht es in den Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Opposition in der Partei. Deshalb kann, deshalb darf die Opposition auf alle Drohungen, alle Maßnahmen der Mehrheitsanhänger bloß eine Antwort haben, die Tat werden muß: Nun erst recht!

Die sozialistische Frauenbewegung Italiens und der Krieg.

Das Verhalten der sozialistischen Frauenbewegung Italiens zum Krieg deutet sich im großen und ganzen mit der bereits oft rühmend anerkannten Stellungnahme der Gesamtpartei. Würde man die Stellungnahme der Genossinnen von derjenigen der Partei im allgemeinen absondern wollen, um sie für sich allein zu beurteilen, so käme man zu dem Schluß, daß sie dieselben vorwiegend guten Seiten aufweist wie jene, und auch die nämlichen vereinzelt Mängel. Ebenso wie in der allgemeinen sozialistischen Bewegung steht auch in der proletarischen Klassenbewußten Frauenbewegung die sehr große Mehrheit theoretisch und praktisch auf dem grundsätzlichen Boden des internationalen Sozialismus. Eine ganz winzige Minderheit — prozentual vielleicht noch winziger als die verschwindende Minderheit der männlichen Parteimitglieder — bekennet sich zum kriegsbegeisterten, franzosenfeindlich angehauchten Nationalismus.

Es lohnt um so weniger die Mühe, sich irgendwie mit den umgekehrten Damen zu beschäftigen, als die Partei sie längst abgeschüttelt hat, abgesehen von den stillen Anbeterinnen des Krieges, die nicht den Mut haben, offen ihre Meinung zu bekunden, und die sich, ohne aus der Partei ausgeschlossen zu sein, von der proletarischen Bewegung zurückgezogen haben. Es muß hervorgehoben werden, daß sich unter den Abtrünnigen auch nicht eine einzige Industrie- oder Landarbeiterin befindet, sie rekrutieren sich ausschließlich aus Lehrerinnen und anderen intellektuellen und bürgerlichen Elementen. Man kann sie an den Fingern herzählen und muß dazu feststellen, daß nur in Mailand Sozialistinnen von der kriegsfeindlichen Strömung fortgerissen worden sind, und zwar von jener kriegsfeindlichen Strömung, die durch und durch antisozialistisch ist. Nicht genug damit, daß ihre Verfechter sich in Gegensatz zu den Grundlagen, Prinzipien und Bestrebungen des internationalen revolutionären Sozialismus stellen. Ihre bekanntesten Führer haben den Sozialismus verraten, haben mit bürgerlichen Geldmitteln große Presseorgane gegründet und sind damit offen in den Dienst der reaktionärsten nationalstisch-monarchischen Mängel getreten. Sie haben die Bekämpfung aller proletarischen Klassenbestrebungen, aller internationalen Tendenzen, aller sozialistischen Elemente zum Programm erhoben.

Gerade die Frauen, die dem Sozialismus untreu geworden sind, werden von den kriegsbegeisterten Nationalisten am meisten umschmeichelt. Die nämlichen Persönlichkeiten, die, solange sie im Dienste der proletarischen internationalen Bewegung gestanden sind, als „gemeingefährlich“, „hysterisch“, „verrückt“ beschrien wurden, sind mit einem Schlage zu vaterlandsrettenden Heldinnen erhoben worden. Für den Verrat dieser Damen ein Beispiel: Als die sozialistischen Parlamentarier, vom Geiste der Internationale erfüllt, ihren hoffnungswedenden, mutigen Friedensantrag in der Kammer eingebracht hatten, trat schleunigst die neugeborene nationalstische „Unabhängige Gruppe der Sozialisten“ zusammen, deren Sekretärin eine langjährige Genossin ist. Unter dem Vorsteh einer anderen Sozialistin wurde eine Resolution durchgepeitscht, die gegen das „trebelhafte“ Vorgehen der friedensfordernden Sozialisten protestierte und die Mailänder Bevölkerung aufforderte, Einspruch gegen die Haltung der Mailänder sozialistischen Gemeinderäte zu erheben und sie ihres Mandates für verlustig zu erklären, weil sie sich dem Friedensantrag angeschlossen

halten. Damit nicht genug. Die Resolution rief die Behörden auf, mit den schärfsten Mitteln gegen die vaterlandsverräterischen Elemente vorzugehen! Das Vorkommnis ist nebenbei ein schlagender Beleg wider die oft gehörte Behauptung, daß die Frauen „naturnotwendig“ gegen den Krieg und für die Freiheit sind!

In Italien waren die international gesinnten Sozialistinnen, die Gegnerinnen des Burgfriedens, nicht gezwungen, in Opposition gegen die Partei zu treten, denn die Partei und alle ihre Organe haben den Boden des internationalen Klassenkampfes nie verlassen. Die Genossinnen konnten ihre ganze Kraft gegen die nationallistische bürgerliche Welt kehren. Wie in anderen kriegführenden Ländern haben dabei einzelne sozialistische Frauen mit so unbegrenzter Energie, mit so hohem Mut und unbezwinglicher Leidenschaft an dem Kampf gegen den Krieg teilgenommen, daß die Reaktion gerade gegen die Sozialistinnen mit „vorbildlicher Strenge“ vorgegangen ist. Von den wenigen Agitatorinnen, die die sozialistische Partei Italiens besitzt, ist Maria Giudice, die von den Turiner Arbeiterinnen zu ihrer Sekretärin, vom Turiner Parteiblatt zu seiner Redakteurin ernannt worden war, seit Monaten im Kerker. Die Leiterin der Arbeitskammer in Suzzara, Maria Gioia, befindet sich unter den fünf oder sechs revolutionären Agitatoren, die die Regierung in Florenz interniert hat.

Daß die Genossinnen geradezu geschlossen auf dem grundsätzlichen Boden des internationalen Sozialismus stehen und wollen, daß diese ihre Auffassung immer schärfer und klarer in den Vordergrund tritt, dafür eine recht bezeichnende Tatsache. Zu Beginn des Weltkriegs wurde das sozialistische Frauenblatt „Difesa delle Lavoratrici“ (Arbeiterinnenwehr) von einer Mailänder Lehrerin geleitet, die seither endgültig ins Lager des Nationalismus übergelaufen ist. Das Blatt nahm damals eine schwankende Haltung ein und trug in einzelnen Artikeln der ententefreundlichen Strömung Rechnung. Daraufhin verlangten die Sozialistinnen Turins und anderer Drikschaften, das Blatt solle mit größerer Entschiedenheit den internationalen Standpunkt vertreten. Der Parteivorstand billigte die Forderung. Er entschied, das sozialistische Frauenorgan sei von einem Redakteur des „Avanti“ unter Mitwirkung eines Redaktionskomitees von Genossinnen zu leiten, und zwar in dem von der ganzen Partei gutgeheißenen und befolgten Sinne.

Seit Kriegsausbruch haben die italienischen Sozialistinnen Hand in Hand mit den Parteigenossen ihr möglichstes getan, um durch Aufklärung der Massen die Beteiligung Italiens an dem imperialistischen Vortritt zu verhindern. Als trotz des Widerstands der Sozialisten das Land in den Krieg eintrat, haben sie nie aufgehört, für die Ausbreitung des Sozialismus unter dem weiblichen Proletariat tätig zu sein. Die Veranziehung von Proletarierinnen zur Industriearbeit hat die Agitatorinnen und Organisatorinnen zu energischstem Wirken angespornt, sie nützen die Lage aus, um zu wecken und zu sammeln. Auch die Jugendlichen, die sich in Italien von jeher die Organisation ihrer Klassengenossinnen angelegen sein ließen, verdoppeln ihren Eifer und betonen die Notwendigkeit, den Zusammenschluß und die Emanzipation der Arbeiterinnen zu einer der Hauptforderungen der sozialistischen Theorie und Praxis zu machen.

Die Zahl der sozialistischen Frauenkonferenzen hat während des letzten Jahres auffallend zugenommen, währenddem sie früher Seltenheitserscheinungen waren. Zu den erfolgreichsten und bestbesuchten dieser Konferenzen gehört die in Vicenza, dem großen Textilarbeiterinnenzentrum, auf der 19 Sektionen der Provinz vertreten waren. Die Sekretärin des Sozialistischen Frauenbundes, Genossin Clerici bemerkte, sie habe nie so viele klassenbewußte Proletarierinnen auftreten sehen, wie bei dieser Konferenz, habe nie so viele Proletarierinnen sich mit Eifer an Diskussionen beteiligen hören, die die wichtigsten, verwickeltesten Fragen berührten, wie in Vicenza. Die sozialistischen Frauenorganisationen haben ständig zugenommen. Beim Kriegsanfang waren etwa 30 vorhanden, der letzte Bericht spricht aber bereits von 75.

Infolge dieser starken Zunahme hat die Frage der Beziehungen zwischen den Parteigruppen der Männer und denen der Frauen den Sozialistischen Frauenbundes ebenso wie den Parteivorstand beschäftigt. Sollen die weiblichen Mitglieder Sonderorganisationen innerhalb der Partei gründen, oder sollen sie ohne weiteres der Parteiorganisation beitreten? Der Parteivorstand hat die endgültige Regelung der Frage dem nächsten Parteitag überlassen. Provisorisch hat er bestimmt, daß die Genossinnen Parteigruppen bilden sollen, deren Mitglieder selbstverständlich in Übereinstimmung mit den allgemeinen Parteibeschlüssen zu handeln haben, beziehungsweise die für alle Parteimitglieder geltenden Mitgliedsarten beziehen müssen. Angesichts der erfreulichen Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung und ihrer zunehmenden Bedeutung hat der Parteivorstand ferner angeordnet, den Betrag, der der Parteikasse durch die Entnahme von Mitgliedskarten für Frauen zufließt, dem Zentralkomitee des Sozialistischen Frauenbundes zu Zwecken der Agitation und Propaganda zu überweisen.

Zum Aufschwung der sozialistischen Frauenbewegung haben zwei bereits berührte Umstände beigetragen: die Kriegsfeindschaft der sozialistischen Partei und die ausgedehnte Verwendung weiblicher Arbeitskraft in der Industrie. Dieses letztere Kapitel: die Betätigung der italienischen Frau als Lohnarbeiterin und namentlich ihre Einstellung in die Kriegsindustrie werden wir später in anderem Zusammenhang behandeln. Es ist die Hoffnung, der heiße Wunsch der für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfenden, daß die grundsätzliche Haltung der Partei zum Kriege nicht nur vorübergehend, sondern weiterwirkend, dauernd und fest große Schichten des Frauenproletariats dem zielbewußten internationalen Sozialismus zuführen möge. Denn eine grundsätzliche klare und bestimmte Auffassung muß auch nach dem Krieg die Richtschnur der italienischen sozialistischen Bewegung bleiben. Eine große Aufgabe, eine Hauptaufgabe der führenden propagandistisch tätigen Genossinnen Italiens wird es sein, zu zielbewußten, opfer- und tatbereiten Sozialistinnen die Proletarierinnen zu erziehen, die sich der Bewegung aus Empörung gegen den Krieg, gegen die Abel des Kapitalismus angeschlossen haben.

Wie die grundsätzliche, nicht schwankende und wankende Haltung der Partei zum Kriege gerade auf die einfachsten Gemüter wirkt, beweisen die Zuschriften, die von Frauen an den „Avanti“ gelangen. Bekanntlich veröffentlicht das sozialdemokratische Zentralorgan eine Sammelliste für freiwillige Beiträge, die seinen Bestand sichern sollen. Trotz der Einberufung eines großen Teils der organisierten Arbeiter und Genossen, trotz der furchtbaren allgemeinen Krise ist ihr Ergebnis in Italiens zweitem Kriegsjahr die nie zuvor erreichte Summe von mehr als 100 000 Lire. Während des Kriegs, wo der „Avanti“ wegen seiner Stellungnahme das bestgehaßte, verpönte, zensurierteste Blatt in Italien ist, bedeutet jede Zuschrift, jede Geldsendung eine bedingungslose Zustimmung zu der vertretenen Kampfesparole: „Krieg dem Kriege, es lebe die Internationale der Arbeit“. Unter den Spendern von Geld wie Zustimmung finden sich immer häufiger Frauen, und einige Male wöchentlich erscheint eine Gabe von 40 Centesimi, von vier proletarischen Kindern aus Turin mit Wünschen gesandt für die Beendigung des Kriegs und das Gedeihen des „Avanti“. Neulich schickte ein proletarisches Ehepaar dem „Avanti“ einen bescheidenen Beitrag mit der Nachricht, es sei ihnen ein Mädchen geboren worden, dem sie den Namen gegeben: Pace (Frieden) Zimmerwald. Kleine Züge ähnlicher Art fallen täglich auf und vereinigen sich zu einem großen einheitlichen Gesamtzug, der kündigt, wie tief und fest der internationale Sozialismus im Leben der italienischen Proletarierinnen und Proletarier Wurzeln zu schlagen beginnt.

Angelita Balabanoff.

Aus der Bewegung.

Von der Konferenz der Parteifunktionärinnen und der in der Gemeinde tätigen Genossinnen von Groß-Berlin ist bereits in Nr. 6 die Rede gewesen. Dort wurde über die Stellung-

nahme zur Mitarbeit der Frau in der Gemeinde berichtet. Die Konferenz behandelte jedoch noch ein zweites Thema von nicht geringerer Wichtigkeit, „Die Mitarbeit der Frauen in der Partei“. Referentin war Genossin Reichert. Sie führte folgendes aus: Alle Genossinnen und Genossen, die mit am Werk waren, den Bau unserer Organisation zu befestigen und zu erweitern, erkannten bei Ausbruch des Weltkriegs klar, daß dieser Bau nicht ohne Erschütterungen das entsehlige Drama übersehen würde. Es ist schlimmer gekommen, als sie fürchteten. Zu den drückenden Beschränkungen des Belagerungszustandes gesellte sich der unsehlige Bruderkrieg in den eigenen Reihen. Bitter rächt sich die Tatsache, daß die Partei wohl gewaltig in die Breite gegangen, dafür aber verflacht war. Nur wenn die sozialistische Weltanschauung viel tiefer und fester in den Massen unserer Anhänger verwurzelt gewesen wäre, würde es möglich gewesen sein, die Partei einig und geschlossen an den gefährlichen Klippen dieses Völkerringens vorüberzusteuern. Es kam zum Bruch mit den Grundfäden des internationalen Sozialismus, und dieser Bruch mußte im Innern der Partei trennend, zerstörend wirken. Nicht die Führer allein, die das alte Banner preisgaben, sind anzuklagen, wie groß auch ihr Teil der Schuld sein mag. Sie, die so rasch den Weg ins Lager des Nationalismus fanden, machen ja dafür das Recht ihrer Überzeugung geltend. Aber es ist eine Tatsache, daß die Politik des 4. August zu Anfang einen großen Widerhall bei den Massen fand. Und dieses ist das Betrübenste. Die beinahe kriegsbegeisterte und durchhaltefreundige Haltung einzelner Parteizeitungen wäre unendlich gewesen bei einer wirklich sozialistischen Durchbildung der Massen. Darüber zu klagen, ändert nichts, wir müssen vielmehr daraus lernen, wie wir es in Zukunft besser machen.

Die Berliner Genossinnen und Genossen hatten im „Vorwärts“ ein Organ, das die sozialdemokratischen Grundsätze nicht verleugnete. Jetzt stehen wir der Tatsache gegenüber, daß der Parteivorstand seine Nachtmittel ohne Bedenken ausgenützt hat, um den „Vorwärts“ aus einem Organ der Parteioption in ein Blatt der Fraktionsmehrheit zu verwandeln. Die 80000 Berliner Abonnenten sollten sich das gefallen lassen, weil ja der „Vorwärts“ als Zentralorgan im Reich in 3000 Exemplaren gelesen wird. Ihre Proteste, die Beschlüsse ihrer Vertretung, der Pressekommission, blieben vergeblich. Da die Genossen in Groß-Berlin aber das Umlernen nicht so schnell begreifen konnten oder auch gar nicht begreifen wollten, faßten sie in ihrer Generalversammlung den Beschluß, den veränderten „Vorwärts“ zu boykottieren. Die Berliner Genossinnen betrachten den Kampf um den „Vorwärts“ als einen wichtigen Teil des Ringens um grundsätzliche Klarheit, Reinheit und Geschlossenheit in der Partei. Dieses Ringen hat allenthalben im Reich in der Arbeiterbewegung begonnen. Das Bedürfnis macht sich stark geltend, die Zeitereignisse nicht länger im Lichte nationalstischer, imperialistischer Stimmungen und Lösungen zu betrachten. Man sucht nach grundsätzlichen Richtlinien, Maßstäben, denn man fühlt es, daß man ohne solche auch der Zukunft und ihren Aufgaben ziel- und steuerlos gegenübersteht. Wenn man die ganze Lage ruhig und vorurteilslos überblickt, so begreift man, welche große Bedeutung die Berliner Parteigenossenschaft dem Charakter, der Haltung ihres Blattes beimißt. So schwer es wohl allen wird, gegen das Blatt zu agitieren, das wir zur Höhe getragen, bleibt uns doch in der augenblicklichen Lage kein anderes Mittel als der Boykott, um die Massen gegen die politische Brunnenvergiftung des neuen „Vorwärts“ zu schützen. Er muß durchgeföhrt werden, so gut es bei den uns zur Gebote stehenden beschränkten Hilfskräften geht. An uns Frauen liegt es, dem Beschluß zur Durchführung zu verhelfen.

Aber die Mitarbeit der Frauen in der Partei hat noch anderes zu leisten. Die Genossinnen müssen alles tun, um das Wachstum und das Erstarken der Parteiorganisation zu fördern, nicht minder auch ist es aber ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß in der Partei ein echt sozialistischer Geist lebt und weht. Sie dürfen nicht darin erlahmen, die Frauen des werktätigen Volkes zu wecken und organisatorisch in der Partei zusammenzuschließen. Ihr Eifer darf nicht erkalten, ja er muß höher und höher flammen, die Organisation zur Trägerin und Vermittlerin der Grundsätze des internationalen Sozialismus zu machen. Die Mitglieder, Frauen wie Männer, müssen sich ziellaren und tatbereiten Sozialdemokraten erzeigen werden. Kurz, die Genossinnen müssen in der Organisation und durch die Organisation als Bekennerrinnen des Sozialismus handeln. Nun zeigt sich leider die Erscheinung, daß Genossinnen in der Stunde der Not versagen. Manche aus Mitleid darüber, daß nicht alle Blütensträume reifen, daß unsere Partei die entsehlige Katastrophe des imperialistischen Krieges nicht verhindert hat. Anderen wieder gebriecht es an Mut, eine Funktion zu übernehmen. Sie fürchten die Kritik ihrer Betätigung. Es rächt sich jetzt bitter, daß

es verboten war, sich in den Lesabenden der Genossinnen auch mit Fragen der Organisation und des Tages zu beschäftigen, nur theoretische und wissenschaftliche Themata sollten dort behandelt werden. Brachten die Frauen bei ihren Zusammenkünften irgendwelche Anregungen organisatorischer Natur vor, so war man gezwungen, sie damit an den Zahlabend zu verweisen, der allein dazu berufen ist, Anträge zu erörtern. Zu den Zahlabenden gingen leider die Frauen aus verschiedenen Gründen nicht oder höchstens einige Male. Der Kinder wegen konnten sehr oft Mann und Frau nicht gleichzeitig von Hause fort. Manche Genossinnen waren die am Zahlabend gepflogenen Debatten zu langweilig oder der Aufenthalt in den meist sehr verräucherten Räumen war ihnen eine Qual. So schloß bei vielen Frauen das kaum geweckte Interesse an dem Leben und der Arbeit in der Parteiorganisation wieder ein. Es muß nun die Aufgabe der Lesabende und der Organisation sein, den Schaden gutzumachen. Die Partei darf nicht weiter unter dem hervorgehobenen Organisationsfehler leiden. Wir müssen in unseren Zusammenkünften mit dem größten Eifer Funktionärinnen werben. Durch Erörterung und Klärung von Tagesfragen müssen die Genossinnen die nötige Schulung erhalten. Die Frauen sind jetzt dazu berufen, die Arbeit für den Sozialismus dort aufzunehmen, wo viele Genossen sie unfreiwillig genug liegen lassen mußten. Sie müssen und können es schon darum, weil sie in der Heimat bleiben und nicht Heeresdienst leisten müssen. Jede einzelne Genossin muß es als ihre heilige Pflicht betrachten, der Partei über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.

So gut wie im häuslichen, gewerblichen und sozialen Leben die Frauen die Lücken ausfüllen, die durch den Heeresdienst der Männer entstanden sind, so gut müssen sie auch die Lücken ausfüllen, die in der Organisation entstehen. Die Frauen in ihrer übergroßen Mehrheit sind es gerade, die die sogenannte Politik des 4. August zurückweisen. Hatte man sie doch stets gelehrt, daß die Arbeiterbrüder und -schwestern jenseits der Grenzen genau so unterdrückt und ausgebeutet werden wie in der Heimat, daß wir trotz verschiedener Nationalität durch gemeinsame Interessen mit ihnen verbunden sind, wogegen uns bis heute trotz des Krieges ein unüberbrückbarer Gegensatz von den herrschenden Klassen trennt. Lebensmittelpnot und Lebensmittelwucher beweisen es schlagend, von anderem nicht zu reden. Die Genossinnen haben in ihrer großen Mehrheit nicht umgelernt. Sie sehen klar und deutlich, daß der Krieg die Lehren des Sozialismus bekräftigt. Mander der Herren Umlerner würde vielleicht anders denken, wenn er nur eine Woche lang die Not und Sorge durchmachen müßte, die die Arbeiterfrau bei der Heranschaffung und Zubereitung der Lebensmittel für die Familie heute ertragen muß. Aber alle Sorge und Mühe, alle festlichen Qualen, alles Bangen um ihre Lieben an der Front darf die Genossinnen nicht nutzlos machen. Auch die zerrütteten Verhältnisse in der Partei dürfen das nicht tun. Keine von uns sollte sagen: Ach, es nützt ja doch nichts, wenn wir weiter für unsere Ziele arbeiten und streben. Kam doch der Krieg, und wir vermochten dem Unheil nicht zu wehren. Für uns müssen die Kriegsnöte und die Parteinöte nur der Ansporn sein, erst recht weiter für unsere Ideale zu wirken.

Hunderter von Frauen sind schon jetzt als Funktionärinnen in den Organisationen tätig. Weitere Hunderter müssen sich zu Amt und Arbeit bereit finden. Die tätigen Genossinnen, die unverzagt ihre Pflicht tun, leiden schwer. Sie stoßen auf Hindernisse, sie sind vielfach Verfolgungen ausgesetzt. Aber sie werfen die Flinte nicht ins Korn. Sie heften die Zähne zusammen, und es muß gehen. Und siehe: es geht. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. In Berlin ist es jetzt wichtig, das „Mitteilungsblatt“ zu verbreiten, das das geistige Band der organisierten Arbeiterschaft ist. Es muß den Genossinnen und Genossen so zugestellt werden, daß sie sich rechtzeitig Aufklärung über die schwebenden Fragen verschaffen können. Zu den für die Verbreitung wirkenden Genossinnen mögen sich neue Helferinnen finden. Auch die Bezirksführer gilt es zu unterstützen oder ihre Funktionen zu übernehmen. Wir haben ferner zu wachen, daß uns unser Frauenorgan, die „Gleichheit“, nicht entrisen wird. Die Anzeichen mehren sich, daß etwas im Werk ist. Anregungen dazu gehen dem Parteivorstand von verschiedenen Seiten zu. Stehe die Frauenkonferenz in Stuttgart und neuerdings der Vorstoß der „Chemnitzer Volkstimme“. Die glänzenden Erfolge mit der Strangulierung von Minderheitsblättern eifern zur Nachahmung an. Die „Gleichheit“ ist das internationale Organ für die Genossinnen aller Länder. Sie verbindet uns mit den sozialistischen Frauen jenseits der Grenzen. Durch sie erfahren wir, wie in allen Kulturstaaten die Klassenbewußten Proletarierinnen am Werk sind, sich ihr Recht zu erkämpfen, indem sie dem Sozialismus die Wege ebnet helfen. Da

aber die „Gleichheit“ nicht zu den Umfern gehört, müssen die Genossinnen fürchten, daß ihr eines Tages das gleiche Schicksal blüht wie dem „Vorwärts“ und der „Bremer Bürgerzeitung“. Wenn sie ein Geschick, so hat der grauenhafte Weltkrieg uns einen Anschauungsunterricht darüber gegeben, daß wir nicht umzulernen haben. Klarer als je sehen wir, daß es nur eine Möglichkeit gibt, aus dem anarchischen Zustand der kapitalistischen Welt herauszukommen, und das ist die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische. Jede Klassenbewußte Proletarierin muß ihr Bestes daransetzen, uns diesem Ziel näher zu bringen.

Die Förderung der proletarischen Frauenbewegung wurde mehrfach auf der Kreis-Generalversammlung Teltow-Charlottenburg besprochen, von der noch weiter unten die Rede sein wird. Genosse Groger vertrat als Berichterstatter die Auffassung, daß die Frauen-Leseabende des weiteren Ausbaus bedürften. Es sei Sache der Ortsvereine, zu prüfen, ob diese Veranstaltungen nicht auf andere Tageszeiten verlegt werden könnten als bisher. Bei der Prüfung der Frage müßten die Arbeits- und Erwerbsverhältnisse besonders in Berücksichtigung gezogen werden. Genosse Lüdemann-Wilmersdorf führte aus, daß noch viel mehr als gegenwärtig für die Aufklärung der Frauen geschehen müsse. Namentlich seien sie über Fragen des Wirtschaftslebens zu belehren. Genossin Ryndel befürwortete ebenfalls, daß mit erhöhter Aufmerksamkeit und Kraft dafür gewirkt werde, die Frauen für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen und der Organisation zuzuführen.

Gegen die grundsätzliche Faltung der „Gleichheit“ erklärte sich die Kreis-Generalversammlung von Teltow-Weesow-Storow-Charlottenburg, die am 21. Januar getagt hat. Der berichtende Sekretär, Genosse Groger, meinte: „Für die ‚Gleichheit‘ hat heute nur noch ein kleiner Kreis von Genossinnen Interesse, nicht aber die Masse derselben.“ In der Diskussion kritisierte Genosse Klotz-Neutölln die Schreibweise der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“, ihm widersprach Genosse Neumann-Neutölln. Genosse Krüger-Köpenick stellte folgenden Antrag: „Die Kreis-Generalversammlung von Teltow-Weesow begrüßt den Beschluß des Parteausschusses über die Einheit und Geschlossenheit der Partei und verlangt, daß die notwendigen Konsequenzen aus der geschaffenen Sonderorganisation der Opposition ohne Säumen und mit aller Entschiedenheit gezogen werden. Insbesondere wünscht die Generalversammlung, daß auch für eine dementsprechende Besetzung der Redaktionen der ‚Neuen Zeit‘ und der ‚Gleichheit‘ gesorgt wird.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Natürlich. Es handelt sich nämlich um die Kreis-Generalversammlung der Sonderorganisation, die unter Mißachtung des Parteirechts von den Anhängern der sogenannten Mehrheitspolitik gegründet worden ist, die auf der Kreis-Generalversammlung der alten rechtmäßigen Organisation unterlegen waren.

Für die grundsätzliche Faltung der „Gleichheit“. Aus Mainz wird uns geschrieben: Mit Bekremden hatte ich den Beschluß der Konferenz eines Teils der württembergischen Genossinnen gelesen, der eine Änderung in der Haltung der „Gleichheit“ verlangt. Es schien mir unfassbar, daß es sozialistisch denkende Frauen gibt, die dem entsetzlichen Kriegszustand eine Berechtigung zusprechen — das aber ist doch der Kern der umstrittenen Mehrheitspolitik —; daß es sozialistisch denkende Frauen gibt, die vergessen, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin der Menschheitsideale ist, die von der Kriegsfurie zerstört werden. Die Zuschrift meiner nachbarlichen Genossinnen aus Darmstadt in Nr. 8 der „Gleichheit“ hat mich eines anderen belehrt. Sie verlangt im Namen „mehrerer Mehrheitsfrauen“, daß nach dem Kriege mit den „Minderheitsphantasten“ aufgeräumt werde, und behauptet schlanweg, daß in Hessen die „Mehrheitsfrauen“ in der Überzahl seien. Das Gegenteil dürfte zutreffend sein. Ich denke dabei allerdings nicht nur an die verhältnismäßig kleine Zahl der Frauen, die in der Partei organisiert sind, ich berufe mich vielmehr auf die Ansicht, das Urteil der proletarischen Frauen im Allgemeinen. Meine Tätigkeit bringt mich täglich mit einigen hundert Frauen in Verbindung, in der überwiegenden Mehrzahl Arbeiterfrauen, abgekehrte Proletariergestalten, aber darunter auch bürgerliche Frauen. Ich bin in der Lebensmittelbranche beschäftigt, verehere Genossinnen Darmstadts, und wenn irgendwo, so kann man an dieser Stelle empfinden, was für die Weing- und Unbemittelten das Wort vom „Durchhalten“ in sich schließt, das so lieblich im Munde mancher Führer klingt. Es ist für Millionen voller Bitternisse und verzweiflungsvoller Qualen. Mit dem Wort komme man den Frauen! Selbst die Sanfteste wird dann ruppig. Das Mitgefühl verbietet mir, allzu oft an das Wort zu erinnern. Von einer Anhängerenschaft der Mehrheitspolitik unter den Frauen keine Spur. Und die Frauen, mit denen ich zu tun habe, sind überwiegend Proletarierfrauen, die

zu uns gehören und deren Interessen wir vertreten sollen. Indes — um zu dem Kern der Sache zu kommen — wir „Minderheitsfrauen“ sind äußerst tolerant; wir werden der „Gleichheit“ nicht untreu werden, selbst wenn neben der Minderheit die Mehrheitsvertreter — gegenwärtig die Stützen des kapitalistischen Staates! — zu Worte kommen, die „Realpolitiker“ von Kensch bis Legien, von Heimann bis Scheidemann. Die Frauen werden die richtige Entscheidung schon aus ihrem Gefühl heraus treffen. „Das Los der Menschheit liegt fast unbedingt in ihren eigenen Händen.“ Wer will leugnen, daß das graufige Völkermorden, je länger es dauert, um so mehr den Niedergang Europas und der europäischen Zivilisation bedrohet? Die Frau ist Gattin und Mutter, ist Lebensspenderin und Lebenspfegeerin, in ihr muß sich naturgemäß die Empfindung aufbäumen gegen die rohe Lebensvernichtung. Das Leben hätte Wert und Inhalt verloren, wenn man sich an den mißhandelten Menschheitsidealen nicht wieder aufrichten könnte. Allerorts und mit allen Kräften wollen wir helfen, dieser „großen“ Zeit, die ihresgleichen in der Geschichte nicht kennt, endlich ein Ziel zu setzen und die Völkerverständigung herbeizuführen.

Olga Gerlinger, Mainz, Vorsitzende der sozialistischen Frauen. **Im Bezirk Niederrhein** nahmen Vertreterinnen der organisierten Genossinnen sämtlicher Wahlkreise mit 14 gegen eine Stimme folgende Resolution zur Haltung der „Gleichheit“ an:

„Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen des Niederrheins erklärt sich mit der Haltung der ‚Gleichheit‘ einverstanden, da diese stets in wahrhaft sozialistischem Sinne, getreu unseren Grundsätzen geleitet wurde.“

Die Konferenz gelobt, für die Verbreitung der ‚Gleichheit‘ mit allen Kräften einzutreten. Der Genossin Jetkin sagt die Konferenz Dank für ihr entschlossenes und tapferes Verhalten. Die Konferenz weiß zu schätzen, was sie den Parteigenossinnen Deutschlands und der gesamten internationalen sozialistischen Frauenbewegung war und ist.“

Berichtigung. Der Beitrag: Mutter Dittmer 80 Jahre alt ist durch den Druckfehlerentwurf mit L. F. gezeichnet worden, es muß heißen: L. Z.

Aus der Partei.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses. Früher noch als die aufgerufenen Parteiorganisationen haben sich die Mehrheitspolitiker im Preussischen Abgeordnetenhaus zur „reinklichen Scheidung“ erhoben. Sie haben es — mit einer Majorität von einem Genossen — am 19. Januar nach bewährtem Muster zu einer Spaltung getrieben.

Im Dreiklassenparlament waren die Verhandlungen zum Etat eine Kundgebung des Kriegswillens der bürgerlichen Parteien, eines Kriegswillens, der die Verschärfung des Ringens und namentlich die rücksichtslose Anwendung der Tauchboote heischte. Die elementarste Pflicht der Sozialdemokratie war damit gegeben. Sie hatte ihren Friedenswillen unzweideutig auszusprechen und im Hinblick auf die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder die breitesten Massen an ihre Pflicht zu mahnen, dem Frieden die Waffe zu bahnen. Sie hatte aus politischen und völkerrechtlichen Gründen, hatte um die Zukunft des deutschen Volkes willen den schärfsten grundsätzlichen Widerspruch gegen den gesteigerten Unterseeboottkrieg zu erheben. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hirsch, erfasste seine Aufgabe ganz anders. Für ihn gab es einen einzigen Schuldigen, daß die Weihnachtsfriedenshoffnungen enttäuscht worden: die Ententemächte. Und nur den proletarischen Massen der Ententeländer predigte er die Pflicht, der Kriegspolitik ihrer Regierungen kraftvoll entgegenzutreten. Die deutschen Arbeiter dürfen nach ihm „kein Gaudern und kein Schwanken“ lernen, um das Gebot der Stunde zu erfüllen: das Durchhalten. Die verschärfte Anwendung der Tauchboote erklärte Genosse Hirsch als eine kriegstechnische Frage, über die nur die militärischen Sachverständigen zu entscheiden hätten. Schließlich feierte er überschweulich das Verhalten der Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz.

Für grundsatztreue Sozialdemokraten war es Parteipflicht, war es persönliche Ehrenpflicht, bis auf den äußeren Schein zu zerstören, als ob sie sich mit den vorgetragenen Ausführungen solidarisierten. Die Massen durften nicht unter einem irreführenden Eindruck gelassen werden. Im Namen der Genossen Adolf und Paul Hoffmann, Hoser und Ströbel protestierte der Erstgenannte gegen des Genossen Hirsch Rede und versuchte in einer Geschäftsordnungsdebatte den Standpunkt der Minderheit zur Friedensfrage, zum Unterseeboottkrieg und Zivildienstgesetz darzulegen. Unmittelbar nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde in der sozialdemokratischen Fraktion mit 5 gegen 4 Stimmen beschlossen, die oben genannten Genossen hätten sich „durch ihr gegen die elementarsten

Grundregeln parteigenössischen Zusammenarbeitens im Parlament verstoßendes Vorgehen von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses getrennt und die aus der Fraktionszugehörigkeit sich ergebenden Rechte verwirkt".

Die Ausgeschlossenen haben sich mit einer rechtfertigenden Erklärung als „Sozialdemokratische Fraktion“ (alte Richtung) konstituiert. Der Vorgang beleuchtet scharf sowohl die unüberbrückbaren grundsätzlichen Gegensätze in der Partei wie auch die robuste Art, mit der die Vertreter der Politik des 4. August ihren Standpunkt zum Ausdruck bringen, unangekränkt von jedem Bedenken vor der sonst angerufenen „Einheitlichkeit“ und „Einheit“ der Partei.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die vom Krieg geschaffene Zwangslage hat manche sozialpolitische Forderung zur Geltung gebracht, die durch jahrelanges Bemühen der Gewerkschaften nicht erreicht werden konnte. So jetzt den früheren Ladenschluß. Für die offenen Verkaufsstellen ist mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte der Ladenschluß auf 7 Uhr festgesetzt worden. Die Handlungsgehilfen und -gehilfinen verlangen mit gutem Recht den Ladenschluß um 7 Uhr auch für diese Geschäfte. Sie können darauf verweisen, daß in den Verkaufsstellen für Lebensmittel ebenfalls nach 7 Uhr nur ein sehr geringer Geschäftsverkehr stattfindet. Der Verband der Handelsangestellten wendete sich deshalb mit einer Eingabe an den Reichstag, in der auch für die Lebensmittelgeschäfte der 7-Uhr-Ladenschluß verlangt wird.

Die Anerkennung der Gelben als Vertreter der Arbeiter ist eine Frage, die jetzt bei der Befassung der Ausschüsse zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes heftig umstritten wird. Nicht nur die freien Gewerkschaften, sondern auch die Christlichen, die Hirsch-Dunderschen und die polnische Berufsvereinigung wenden sich mit aller Schärfe dagegen, daß Vertreter der sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ zu diesen Ausschüssen zugelassen werden sollen. Zu beachten ist, daß auch die Arbeiterinnen das Wahlrecht zu den Betriebsarbeiterausschüssen haben, die nach dem Hilfsdienstgesetz errichtet werden müssen. Ein bedauerlicher Mangel ist es, daß Arbeiterinnen nicht zu Mitgliedern der Ausschüsse gewählt werden können, die in den einzelnen Bezirken als Schlichtungskommissionen zu errichten sind. Angesichts der großen Anzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen wäre die entsprechende Bestimmung absolut notwendig gewesen.

Im Holzzgewerbe von Rheinland-Westfalen ist es nunmehr zu einer Kündigung des Tarifs gekommen, da die Unternehmer auch in einer Vermittlungsverhandlung durch Ministerialdirektor Dr. Caspar nicht zu einem Nachgeben zu bestimmen waren. Die Holzarbeiter verlangen eine Erhöhung der Stundenlöhne nicht unter 20 Pf. für Arbeiter und nicht unter 15 Pf. für Arbeiterinnen und Jugendliche.

Erhöhte Feuerungszulagen sind für die Album-, Mappen- und Galanteriearbeiter und -arbeiterinnen durch die Bemühungen des Buchbinderverbandes bewilligt worden. Im März v. J. wurde eine zehnjährige Feuerungszulage erreicht, vom 15. Januar an soll eine abermalige Feuerungszulage von 10 Prozent für alle Werkstatt- und Heimarbeiter und -arbeiterinnen gezahlt werden.

Ein eigenartiges Jubiläum konnte der Buchdruckerverband im Januar feiern. 25 Jahre waren vergangen, seit der große Kampf um den Reinstundentag in den Jahren 1891/92 beendet wurde. Die Buchdrucker unterlagen damals. Der Kampf, den sie tapfer führten, war für jene Zeit ein Riesenunternehmen, erforderte er doch 2½ Millionen Mark an Unterstüzungen. Der Verlust der Prinzipale ist sicher noch erheblich höher gewesen. Die sehr große wirtschaftliche Schädigung auf beiden Seiten hat im Buchdrucker- und Verlagswesen zu der Auffassung geführt, daß es zweckmäßig sei, durch feste Tarifverträge möglichst dergleichen große Ausstände zu verhüten. Der Kampf der Buchdrucker für den Reinstundentag hatte aber trotz der Niederlage für die gewerkschaftliche Bewegung weitreichende Bedeutung. Er gab das Signal für den Kampf um den Reinstundentag, die Buchdrucker waren als Preisfechter des deutschen Proletariats im Kampfe für kürzere Arbeitszeit vorgegangen. Der Verband hat sich von der verhältnismäßig schweren Niederlage sehr bald erholt; er konnte seine Reihen wieder füllen und stand nach kurzer Zeit abermals als stärkste Organisation der deutschen Gewerkschaften an der Spitze. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Die „Blätter für Genossenschaftswesen“ berichten von einer Denkschrift, die dem preussischen Landtag mit dem Wohnungsgefehlentwurf zugegangen ist. Sie bezieht sich auf die Ausführung der

Gesetze über Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind. Es kommen 18 solcher Gesetze in Frage, die sich auf die Zeit von 1895 bis 1914 verteilen, und nach denen im ganzen 193 Millionen Mark für den fraglichen Zweck zur Verfügung gestellt wurden. In zwanzig Jahren ist das recht wenig in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache. Eigentlich sängt also in Preußen die staatliche Wohnungsfürsorge erst an. An dieser Stelle interessiert besonders, in welcher Weise die Baugenossenschaften zur Durchführung der Aufgabe herangezogen wurden. Die allgemeinen Bedingungen, unter denen Vaudarlehen an Baugenossenschaften gewährt werden, haben in der letzten Zeit eine Änderung erfahren. Bei der Bewilligung der Darlehen wurde von der Bedingung abgesehen, daß das zu beleihende Hausgrundstück bestimmt sein muß, dauernd im Eigentum der Baugenossenschaft zu bleiben und durch Vermietung benutzt zu werden. Es werden jetzt auch Erwerbshäuser beliehen. Vor allem regeln diese Bedingungen, was als Kleinwohnungen angesehen werden kann. Im allgemeinen gelten Vierzimmerwohnungen als Kleinwohnungen für Unter- und Mittelbeamte. Falls mehr Wohnräume vorhanden sind, darf die Kupfläche für Wohnzimmer, Schlafräum und Küche bei normalen Hausgrundstücken nicht mehr als 90 Quadratmeter, bei Eckbauwerken nicht mehr als 100 Quadratmeter umfassen. Die Baugenossenschaften müssen von ihren Beamtenkleinwohnungen mindestens die Anzahl an unmittelbar Staatsbediensteten vermieten, die dem Verhältnis der Staatsdarlehen zu dem Anlagekapital für Kleinwohnungen entspricht. In der Vergebung der übrigen Wohnungen hat die Genossenschaft freie Hand. Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge in Preußen erstreckt sich auf den Bereich der Eisenbahnverwaltung, der Bauverwaltung, der Bergverwaltung und der inneren Verwaltung.

Der weitaus größte Teil der Staatsgelder ist im Bereiche der Eisenbahnverwaltung verbraucht worden. Insgesamt sind 114 Millionen Mark von dem Betrag in Anspruch genommen worden, und zwar 57,6 Millionen Mark für staats eigene Bauten, 54,3 Millionen Mark zu Vaudarlehen an Baugenossenschaften, 2 Millionen zu kleineren Darlehen und 280 000 Mark zu Rentengütern. Am 1. Oktober 1915 waren in Genossenschaftshäusern untergebracht insgesamt 16 141 Beamte der Eisenbahnverwaltung. In der Bauverwaltung sind durchweg nur staats eigene Bauten erstellt worden, und zwar für 1,7 Millionen Mark. Die Bergverwaltung hat 32,3 Millionen Mark von den Staatsgeldern für die Wohnungsfürsorge verbraucht. Von diesem Betrag sind 29,6 Millionen Mark für Bau von Häusern verwandt worden und 2,6 Millionen zur Gewährung von Vaudarlehen an Angestellte. Die Verwaltung des Innern hat 39,5 Millionen Mark zur Gewährung von Vaudarlehen an Genossenschaften benutzt. Diese Gelder sind an 109 Bauvereine gewährt worden. Von den so unterstützten Genossenschaften wurden 13 995 Wohnungen erstellt. Insgesamt waren in Genossenschaftshäusern untergebracht 4692 Staatsbeamte. Faßt man die einzelnen Verwaltungen zusammen, so ergibt sich, daß insgesamt 89 Millionen Mark von den ausgesetzten Staatsgeldern für staats eigene Bauten und 99 Millionen Mark zu Darlehenszwecken an Baugenossenschaften oder in anderen Fällen auch an einzelne Personen verwandt worden sind. Die Denkschrift gibt noch eine genaue Aufstellung, wie sich die Beträge auf die einzelnen Provinzen, auf die einzelnen Eisenbahnbeziehungsweise Bergverwaltdirektionen verteilen, und welche Baugenossenschaften seitens der verschiedenen Ressorts durch Gewährung von Staatsdarlehen unterstützt worden sind.

Bemerkenswert ist eine Eingabe, die wegen Beschaffung von Kriegerheimstätten an die Reichsregierung und an die Landesregierungen gerichtet worden ist. Es wird da auf die Verhältnisse hingewiesen, wie sie infolge von Untätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungswezens nach dem Kriege von 1870/71 in Deutschland eingetreten sind. Es wird ausgeführt: „Die wirtschaftliche Wirkung des Sieges waren auf der einen Seite Riesengewinne weniger Bodenspekulanten, auf der anderen Seite Massenelend schlimmster Art: In Berlin Baracken für Obdachlose und bei deren zwangsweiser Räumung Barrikadenkämpfe in der neuen Reichshauptstadt.“ Daß man auch jetzt wieder mit derartigen Erscheinungen rechnen, meint die Eingabe, zeigt die Feltungsinserte, die zu Spekulationsläufen ermunterten. Man habe damals „dem pflichtlosen Privatrecht am Boden schrankenlos Raum gewährt“. Die Folge sei eine „fliegende Berengung und Verknappung der Wohnbedingungen des ganzen Volkes“ gewesen, „deren letzte bittere Frucht wir in dem Geburtenrückgang erkennen“ müßten. Ein Geburtenrückgang, zu dem Frankreich 70 Jahre brauchte, habe sich in Deutschland in 12 Jahren vollzogen. Aus diesen Erfahrungen sollte man allerdings gelernt haben! Legten Endes wurzeln freilich die besagten kritischen Verhältnisse in der Tatsache, daß Grund und

Boden Privateigentum ist. Jeder schärfere Zugriff stört diese Rechtsordnung, woraus sich auch das Jögern des Staates erklärt. Genossenschaften können zwar das Übel etwas mildern; ihre Wirkung bleibt aber gerade auf dem Gebiet der Wohnungspolitik doch ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge zahlte im Jahre 1916 nach einer vorläufigen Aufstellung für 1744 Sterbefälle im ganzen 104989 M. aus. Dabei wurden auch die eingezahlten Prämien in allen den Fällen zurückerstattet, in denen die Versicherung noch nicht ein volles Jahr bestand, und in Kriegssterbefällen, in denen die Versicherung am Tage des Beginns der Feindseligkeiten noch nicht sechs Monate bestand. In den Kriegssterbefällen, in denen die Versicherung beim Kriegsausbruch mindestens sechs Monate bestand, wurde zunächst die Prämienreserve ausgezahlt, während die endgültige Regulierung in diesen Fällen drei Monate nach Friedensschluß aus dem vorhandenen Kriegsreservefonds erfolgt, der ohne den ihm für das Jahr 1916 zuzurechnenden Betrag 90341 M. beträgt, die restlos den Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Versicherten zukommen. Die volle Versicherungssumme kam in allen Fällen zur Auszahlung, in denen die Versicherung ein Jahr bestand oder der Tod des Versicherten innerhalb des ersten Versicherungsjahrs durch Unfall eintrat.

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird vom 18. bis 20. Juni in Nürnberg abgehalten. Unmittelbar voran geht ihm in der Regel eine Sitzung des Generalrates, der aus Vertretern der einzelnen Unterverbände und den leitenden Körperschaften des Zentralverbandes besteht; er hat die Tagesordnung des Genossenschaftstages vorzubereiten. Letzterem schließen sich an die Generalversammlungen der Verlags-Gesellschaft und der Großverkaufsgesellschaft. Von Ende April bis Ende Mai finden die Verbandstage der zehn Unterverbände statt.

H. F.

Notizenteil. Für den Frieden.

Eine Frauenfriedensversammlung in Wien. Sonntag, den 21. Januar fand in Wien eine von unseren Genossinnen einberufene Frauerversammlung statt. Auf den dazu ergangenen Einladungen waren die Genossinnen aufgefordert worden, zur Frauenfriedenskundgebung zu kommen. Und die Frauen kamen. Es war eine schöne, erhebende, eindrucksvolle Versammlung. Die prächtigste Frauerversammlung, seit der Krieg die Menschheit niederdrückt. Der feierliche Charakter der Veranstaltung wurde verstärkt durch Reden und den internationalen Solidarität der Genossinnen. Ein Schreiben, das die internationale Sekretärin sozialistischer Frauen Genossin Zetkin an die Teilnehmerinnen der Versammlung gerichtet hatte, lautete:

„Liebe Genossinnen! Mit innigster Freude empfing ich die gute Botschaft von der Friedensversammlung österreichischer Genossinnen zu Wien. Im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder darf ich versichern, daß sie Eure Kundgebung als den wertvollen Ausdruck des erwachenden Friedenswillens aller Völker auf das herzlichste begrüßen. Die Umstände verbieten es leider, daß an Eurer Veranstaltung aus den einzelnen Staaten Vertreterinnen der Frauen teilnehmen, die eines Sinnes und eines Willens mit Euch sind. Aber diese Frauen selbst — mögen sie neutralen oder kriegsführenden Nationen angehören — sind bis zur letzten im Geiste mit Euch, wenn Ihr im Namen der Menschlichkeit, den Blick auf die Gegenwart und Zukunft des Sozialismus gerichtet, Euren Friedensbegehren eine Stimme verleihet. Wir sozialistischen Frauen wollen es stolz und lächeln als schönes Vorrecht und heiligste Pflicht festhalten, im Ringen um einen Völkerfrieden voranzugehen, der in Übereinstimmung mit den sozialistischen Grundfragen die Bahn wieder freilegt, auf der die Proletarier aller Länder vereint der Befreiung durch den Sozialismus entgegenstreiten. Ehre und Dank den Genossinnen Österreichs, die unbeirrt durch Kriegsgetöse und Kriegsgehreben Wunsch zum Wort und Wort zur Tat werden lassen.“

Hoch der Friedenswille der Völker!

Hoch die sozialistischen Frauen Österreichs!

Hoch die Internationale der sozialistischen Frauen aller Länder!“
Dann lag der Ausruf der holländischen Genossinnen vor, und außerdem waren wichtige, gute Berichte aus Großbritannien eingetroffen. Der Internationale Frauenrat der englischen Genossinnen hat die Regierung des Landes zu Friedensverhandlungen aufgefordert und darauf verwiesen, daß die Vorschläge der Mittelmächte als Grundlage dafür dienen könnten. Die Liga irischer Genossinnen hat dasselbe Verlangen gestellt und gemeint, daß in den

Darlegungen beider Mächtegruppen auch für einen Völkerbund „Garantien“ enthalten wären, die verlangt werden. Eine „Schadensgutmachung“ nach einem Kriege wie dieser wäre ausgeschlossen, da noch so großer materieller Ersatz die Toten nicht wieder auferwecken könne. Alle diese Mitteilungen wurden von den Frauen mit steigender Bewegung angehört. Minutenlang setzten oft die Weisfallstürme ein, wenn die Referentinnen, die Genossinnen Popp und Schlessinger, von den Leiden sprachen, die der Krieg über die Frauen verhängt: von den seelischen Qualen der Gattinnen und Mütter, von den Leiden der Arbeiterinnen, von Teuerung, Überarbeit, Hunger und verbrecherischem Wucher. Die Frauen wurden aufgerufen, den Willen zum Frieden nicht mehr ersticken zu lassen, sondern in immer weitere Kreise zu tragen. Der Geist in der Antwort der Entente auf die Vorschläge der Mittelmächte könne nicht der Wille der Völker sein, wie aus vielen Anzeichen hervorgehe. Die Leiden des Krieges seien überall zur Unerträglichkeit gesteigert; die reise Mannheit und die blühendste noch kindliche Jugend sei zum Opfer gefallen, Frauen werden ihre Gatten, Mütter ihre Söhne nicht mehr sehen, in den Fabriken und durch Unterernährung werde die Gesundheit der Frauen und der Jugend geschwächt und untergraben. Wir wollen ein Ende des Krieges! dieser Schrei ringt sich aus allen fühlenden Herzen in allen Ländern empor. An die Regierung wurde die Aufforderung gerichtet, sich durch die erste schroffe Ablehnung von Friedensverhandlungen nicht einschüchtern zu lassen. Die Stimme der Menschlichkeit müsse gehört, der am 12. Dezember betretene Weg müsse fortgesetzt werden mit besseren, sicherer zum Ziele führenden Mitteln. Die Frauen aber haben die Aufgabe, in diesem Sinne zu arbeiten, nimmer zu ruhen, den Friedenswillen zu stärken, der sicher in allen Ländern Widerhall findet. In diesem Geiste waren die Reden gehalten. Begeisterte Zustimmung fand eine an Genossin Zetkin zu richtende Zuschrift an die Frauen aller Länder. Sie wurde von Genossin Popp vorgeschlagen. Mit Begeisterung gelangte auch die von Genossin Schlessinger empfohlene Resolution zur Annahme. Sie besagt:

„Die am 21. Januar 1917 im Verbandheim in Wien versammelten Arbeiterfrauen empfinden mit jedem Tage mehr die Fortdauer des Krieges als unerträglich. Mit furchtbarer Schwere lasten die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auf ihnen als stets wachsende Teuerung, als Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung und als Zwang zur Erwerbsarbeit, zu der in den meisten Fällen auch solche Arbeiterfrauen greifen müssen, die einen Haushalt zu versehen und hilflose Kinder zu pflegen haben.“

Tausende und Tausende unserer Schwestern in allen kriegsführenden Ländern beweinen ihre Männer, die entweder gefallen oder in der Blüte ihres Lebens zu Krüppeln gemacht worden sind. Tausende und Tausende von Proletariern haben ihre Väter verloren, greise Eltern trauern um ihre Söhne, junge Mädchen um ihre Brüder und ihre Verlobten.“

Aber nicht nur den feindlichen Waffen fallen zahllose Opfer, sondern auch Überanstrengungen und die Entbehrungen, denen die Soldaten sowie die Zivilbevölkerung ausgesetzt sind, schädigen die Gesundheit und das Leben des arbeitenden Volkes aufs schwerste und gefährden für viele Jahrzehnte die Kraft und das Gedeihen des Proletariats der größten Länder Europas.“

Darum muß mit jedem Tag der Kriegsdauer die Friedenssehnsucht, die von Anfang an die Herzen der Arbeiterfrauen in allen Ländern erfüllt hat, immer mehr zum leidenschaftlichen Verlangen werden nach einem Aufhören des entsetzlichen Mordens. Die Arbeiterfrauen fragen heute nicht danach, welche der kriegsführenden Regierungen den ersten Anlaß zum Krieg gegeben habe. Sie wissen, daß in der Profitgier der herrschenden und ausbeutenden Klassen aller beteiligten Länder die letzte Ursache des furchterlichen Konflikts zu suchen ist.“

Die kriegsführenden Regierungen beschuldigen einander gegenseitig der Raubgier, des Mordhungers und der entsetzlichen Greuel, ohne dabei einen Weg weisen zu können, der aus dem alle Völker vernichtenden Unheil herausführen soll.“

Hieraus erwächst den Völkern selbst die Pflicht, den Weg zur Versöhnung anzubahnen. Von der mächtigen Bourgeoisie, von den Grundbesitzern, Industriearbeitern und Finanzmännern, die sich mit Kriegsgewinnen bereichern, ist nicht zu erwarten, daß sie den schrankenlosen Einfluß, den sie auf die Regierungen aller Länder ausüben, dazu benutzen werden, um diese einem allen Teilen gerecht werdenden baldigen Frieden geneigt zu machen.“

Darum ist es Pflicht der Arbeiterkraft aller Länder, von den Herrschenden mit dem größten Nachdruck und mit eiserner Entschlossenheit zu fordern, sie mögen sich bereit erklären, einen solchen Frieden zu schließen, der weder Sieger noch Besiegte, weder

Eroberungen noch Bedrückung irgendeines Volkes kennt und darum nicht den Keim zu neuen Kriegen in sich trägt.

Die heute versammelten Frauen, die sich klar bewußt sind, daß gegenwärtig in noch viel höherem Maße als sonst die Leistungen des weiblichen Proletariats für den Bestand und das Wohl jedes Staates von entscheidender Bedeutung sind, fühlen sich auf Grund ihrer Leistungen berechtigt und durch die Verantwortung, die sie als Mütter tragen, auch verpflichtet, ihrem glühenden Verlangen nach baldigem Friedensschluß energischen Ausdruck zu geben. Sie wollen sich aber nicht damit begnügen, ihre Forderung nur dieses eine Mal zum Ausdruck zu bringen, sondern wünschen vielmehr immer wieder zusammenberufen zu werden, um in immer größerer Zahl ihren Willen darzutun so lange, bis dem Krieg ein Ende gemacht wird."

Nachdem noch Genossin Freundlich unter Weisfall im Sinne der Resolution gesprochen hatte, schloß Genossin Probst diese erste Frauenfriedensversammlung mit einer wirkungsvollen Rede, die ausklang in der Aufforderung zu dem Gelöbniß, in dem besprochenen Sinne zu handeln.

Botschaft der Frauen-Friedensversammlung zu Wien an die Genossinnen aller Länder. Mit hoher Freude nimmt die am 21. Januar 1917 in Wien tagende Frauenversammlung Kenntnis von dem erhebenden Schreiben der internationalen Sekretärin sozialistischer Frauen aller Länder, ihrer verehrten Vorkämpferin Genossin Zetkin.

Getragen von der Überzeugung, daß selbst der grauenvollste aller Kriege, der die entwickeltsten Nationen der Erde zum furchtbaren Völkermord getrieben hat, nicht vermag, die Gefühle der Völkersolidarität zu ertöten, erwidern die in der Frauenversammlung vereinigten österreichischen Sozialdemokratinnen die durch die internationale Sekretärin übermittelten Grüße der Sozialistinnen aller Länder. Sie geben dem heißen Wunsche Ausdruck, daß es den vereinigten Bemühungen der sozialdemokratischen Frauen in den kriegsführenden und neutralen Ländern gelingen möge, beizutragen, die Welt auf die Bahn des Friedens zu bringen, um wieder zu gemeinsamer sozialistischer Arbeit für das Wohl der Völker zu gelangen. Mit freudiger Genugtung haben die österreichischen Genossinnen auch das Schreiben der sozialistischen Frauen Hollands empfangen, das in beredten Worten das Streben der Frauen neutraler Länder, zum Frieden zu gelangen, ausdrückt. Herzlichst erwidern die österreichischen Frauen die Grüße der Genossinnen Hollands; mit Freude erfüllt sie auch die Nachricht, daß der sozialistische Frauenrat Englands und die Liga irischer Frauen die englische Regierung aufgefordert haben, das Friedensangebot der Mittelmächte als Anlaß zu Verhandlungen zu nehmen, die zu einem dauernden, ehrenhaften Frieden führen sollen. Die österreichischen Sozialdemokratinnen wollen nichts unterlassen, ihre Regierung aufzufordern, auf dem betretenen Wege fortzufahren und nach dem mißglückten ersten Versuch einen besseren zum Frieden führenden Weg zu suchen. Die sozialdemokratischen Frauen Österreichs sind überzeugt, daß die Herzen der Frauen aller Länder nichts heißer herbeisehnen als den Frieden, trotz der gegenteiligen Reden berufsmäßiger Kriegsbeher.

Die österreichischen Sozialdemokratinnen bitten die internationale Sekretärin, die Genossinnen aller Länder, der kriegsführenden und neutralen, zu verständigen, daß sie festhalten an den Grundzügen des internationalen Sozialismus, und daß ihre Herzen freigeblieben sind von Völkerehß und Feindschaft. Ihr höchstes Sehnen geht dahin, den Krieg auf immerdar durch eine unverbrüchliche nicht zu erschlitternde Vereinigung des Proletariats aller Länder zu überwinden. In diesem Sinne grüßen wir die sozialistische Fraueninternationale, wir grüßen ihre Sekretärin Klara Zetkin und stimmen ein in ihren Ruf: Hoch der Friedenswille der Völker!

Frauenstimmrecht.

Das allgemeine Frauenwahlrecht zum preussischen Parlament heischte Genosse Dirsch im Dreiklassenhaus, als er die Wahlrechtsforderungen der Sozialdemokratie vertrat. Er sagte: Gewiß, das Gute wollen wir erhalten, aber das Schlechte wollen wir über Bord werfen und ganz besonders das Dreiklassenwahlrecht... Die Wahlreform ist uns feinerzeit durch die Thronrede versprochen... Aber kurz oder lang muß die versprochene Vorlage, mag man sich noch so sehr dagegen sträuben, doch kommen. Hoffentlich wird sie noch diesem Parlament unterbreitet, denn es wäre ein inhaltbarer Zustand, wenn der neue Landtag, dem so gewaltige Aufgaben zur Lösung bevorstehen, auf Grund dieses veralteten Wahlsystems gewählt würde. Wir halten an unserer Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts

für Männer und Frauen unter Forderung der Neueinteilung der Wahlkreise fest. Soll das Wort: Freie Bahn jedem Tüchtigen! zur Wahrheit werden, dann gebe man dem neuen Geschlecht, das in dem ungeheuren Erleben dieses Kriegs groß geworden ist, die Freiheiten und die Rechte, die man einem seiner Würde und seiner Bedeutung bewußten Volke doch auf die Dauer nicht vorenthalten kann."

Die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts zum englischen Parlament soll nach Meldungen von Tagesblättern vom Wahlrechtsausschuß des Unterhauses empfohlen werden. Die Mehrheit dieses Ausschusses hat sich danach grundsätzlich für das Frauenwahlrecht ausgesprochen. Sie empfiehlt, das Parlamentenwahlrecht denjenigen Frauen zu verleihen, die jetzt schon das Wahlrecht zu dem Gemeinderat besitzen, wie den Frauen der Männer, denen das Gemeindevahlrecht zusteht. Im ersteren Falle sollen die Frauen mit mindestens 30 Jahren, im letzteren Falle mit mindestens 35 Jahren wahlberechtigt werden. Der Vorschlag ist sehr weit von der Forderung unserer Genossinnen und der meisten sozialistischen Arbeiterorganisationen entfernt. Diese verlangen das Wahlrecht für alle großjährigen Männer und Frauen.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Mit der geforderten Wahl von Frauen in die Verwaltungsdeputationen der Stadt Berlin beschäftigte sich am 18. Januar die Stadtverordnetenversammlung. Im Auftrage des Ausschusses, der die entsprechende Vorlage zu prüfen gehabt hatte, erstattete der freisinnige Stadtverordnete Ladeberg Bericht. In der Ausschlußsitzung hatten die Vertreter des Magistrats an dem unferen Leserinnen bekannten Standpunkt festgehalten, daß nach § 59 der preussischen Städteordnung die Frauen nicht stimmberechtigte Mitglieder der Verwaltungsdeputationen sein können, weil sie das Bürgerrecht nicht besitzen. Die Mehrheit des Ausschusses war dagegen der Überzeugung geblieben, daß man den Frauen nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Stimme zugeben solle. Der Ausschuß stellte in der Folge an die Stadtverordnetenversammlung diesen Antrag: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldigst eine Vorlage zu machen, durch die die Zuwahl von Frauen in alle auf Grund des § 59 der Städteordnung eingefügten Deputationen durch statutarische Anordnung bestimmt werden kann.“ Ein Gegenantrag des Stadtverordneten Galland stellte sich auf den Boden der Magistratsauffassung. Er forderte, daß die Frauen nur mit beratender Stimme in die Verwaltungsdeputation gewählt werden könnten. Der liberale Stadtverordnete Dove befürwortete den Antrag Galland. Der freisinnige Stadtverordnete Rosenow machte diese Forderung durch den Zusatzantrag etwas schmachtender, „daß bei der Regierung eine Änderung der Städteordnung anzustreben sei, damit Frauen in die Deputationen mit beschließender Stimme gewählt werden können“.

Im Namen des Magistrats wendete sich Stadtrat Dr. Hirsfeldern gegen den Ausschußantrag. Der Magistrat, so führte er aus, werde die Zuwahl von Frauen in die Verwaltungsdeputationen begrüßen. Im Gegenzug zu der Meinung des Ausschusses halte er jedoch an der Ansicht fest, daß die Stimmberechtigung der Frauen nach der jetzigen Rechtslage nicht möglich sei, weil das Gesetz nur stimmberechtigten Bürger kenne. Von Frauen, die Stimmrecht ausüben, sei keine Rede. Wenn die Versammlung beschließen werde, daß den Frauen in den Verwaltungsdeputationen das Stimmrecht zu verleihen sei, so könne der Magistrat diesem Beschlusse nicht beitreten, dagegen sei er gern damit einverstanden, daß Frauen mit beratender Stimme in die Deputationen gewählt würden. Für das volle, uneingeschränkte Recht der Frauen zur Mitarbeit trat mit Nachdruck Genosse Dr. Wehl ein, der die Gleichberechtigung der Frau in der Gemeinde wieder und wieder unentmutigt versprochen hat, als diese Forderung den meisten bürgerlichen Stadtverordneten noch eine Ungeheuerlichkeit dünkte. Oberbürgermeister Weremuth erklärte, daß der Magistrat auf Grund eingehender Prüfung und juristischer Erwägungen auf seinem Standpunkt beharren müsse. „Um eine baldige Zuwahl von Frauen in die Deputationen zu ermöglichen und damit etwas Positives zu schaffen“, sei die Annahme des Antrags Galland zu empfehlen. Nach weiteren Ausführungen einiger Stadtverordneten wurde der Ausschußantrag abgelehnt, der Antrag Galland mit dem Zusatzantrag Rosenow angenommen. Frauen können also demnächst mit beratender Stimme in die Verwaltungsdeputationen der Stadt Berlin gewählt werden. Ein halber Schritt nach vorwärts, aber von grundlegender Bedeutung.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Humbel), Willhelmsstraße, Post Fegerich bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. u. M. B. G. in Stuttgart.